

<b>Protokoll:</b>	<b>Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	5
		<b>TOP:</b>	2
<b>Verhandlung</b>		<b>Drucksache:</b>	
		<b>GZ:</b>	
<b>Sitzungstermin:</b>	25.03.2022		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BM Pätzold		
<b>Berichterstattung:</b>	Herr Dr. Görres (AfU)		
<b>Protokollführung:</b>	Herr Haupt / pö		
<b>Betreff:</b>	<b>"Klimaneutrale Fernwärmeversorgung, das Rückgrat der Stuttgarter Wärmewende"</b> <b>- Antrag Nr. 34/2022 vom 14.02.2022 (SPD)</b> <b>- mündlicher Bericht -</b>		

Der im Betreff genannte Antrag ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar beigelegt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt.

Herr Dr. Görres berichtet im Sinne der angehängten Präsentation und geht hierbei auf mehrere Fragen des SPD-Antrags Nr. 34/2022 ein. Er ergänzt, bei der beauftragten Firma Ramboll handle es sich um ein großes Unternehmen, welches insbesondere in Skandinavien mit rund 16.500 Mitarbeitern tätig sei. Aus Sicht der Verwaltung sei es wichtig gewesen, dass die Unternehmensphilosophie des Unternehmens klar auf die Dekarbonisierung abziele. Aufgrund der Erfahrung der Firma Ramboll mit den besonders in Dänemark bestehenden zahlreichen Wärmenetzen sei dies das richtige Unternehmen, um den Auftrag durchzuführen. In Bezug auf Folie 5 der Präsentation betont Herr Dr. Görres, ein besonders großes Potenzial in der LHS liege in der Tiefengeothermie. Dies betreffe nicht lediglich die ersten rund 100 Tiefenmeter, sondern Bereiche in der Größenordnung von 850 bis 1.000 Meter. Dabei müsse darauf geachtet werden, dass keine Gefahren im Zusammenhang mit den Heilquellen sowie den geothermischen und geologischen Verhältnissen im Untergrund entstünden. Vor einigen Jahren

habe eine Untersuchung die Möglichkeit einer Bohrung in der Größenordnung von 4.000 bis 5.000 Metern ergeben. Dies sei allerdings nicht in allen Bereichen der Stadt möglich. Es sei dringend erforderlich, das Potenzial in der LHS für die Tiefengeothermie abzuschätzen. Hinsichtlich der unter Ziffer 2 des vorliegenden Antrags aufgeführten Frage, ob Gespräche zwischen der Stadtspitze und der EnBW stattgefunden hätten, betont Herr Dr. Görres, am 31.01.2022 sei ein erster Informationsaustausch mit Vertretern der EnBW sowie OB Dr. Nopper und BM Pätzold durchgeführt worden. Die gegenseitige Information habe aufgezeigt, synchron auf das Zieljahr 2035 der Klimaneutralität zuzusteuern. In diesem Zusammenhang sei die Frage unter Ziffer 4, welche Maßnahmen die Stadt ergreife, wenn die unter Ziffer 3 genannten Rahmenbedingungen (Erzielung der klimaneutralen Fernwärme) nicht einträten, erledigt. Beim aktuellen Sachstand befinde sich die Stadt gemeinsam mit der EnBW auf dem Zielpfad einer klimaneutralen Fernwärme.

Seiner Fraktion sei es sehr wichtig gewesen, so StR Dr. Jantzer (SPD), vor der detaillierten Ausarbeitung des Gutachtens über dessen Zielsetzungen diskutieren zu können. Es sei erfreulich, derart systematisch vorzugehen. Auch wenn ihm die Firma Ramboll nicht bekannt sei, habe er den Eindruck, ein passendes Unternehmen gefunden zu haben, welches von außen einen unabhängigen Blick auf die Situation werfe. Er nehme an, das Gutachten werde von der Stadt getragen und nicht in einer Kooperation mit der EnBW finanziert. Offenbar werde die EnBW jedoch über die Ergebnisse und Inhalte des Gutachtens informiert. Herr Dr. Görres bestätigt, allein die LHS finanziere das Gutachten und habe hierfür allein den Auftrag erteilt. Allerdings würden Gespräche zu verschiedenen Punkten mit der EnBW stattfinden.

Nach Auffassung von StR Dr. Jantzer würden verschiedene Dekarbonisierungsoptionen untersucht. In einer gestrigen Stellungnahme habe die Landesregierung ausgesagt, angesichts der großen Herausforderung, die Wärmeversorgung bis 2040 klimaneutral zu gestalten, sei es aus Sicht der Landesregierung wichtig, alle Dekarbonisierungsoptionen von Anfang an mit zu berücksichtigen. Dies bedeutet nach Auffassung des Stadtrats nicht, zunächst die Strategie auf die Erdgas- und daraufhin auf die Wasserstoffverbrennung umzustellen. Vielmehr würden in der Studie von Anfang an ebenso alternative Dekarbonisierungsstrategien untersucht. Dies sei seiner Fraktion sehr wichtig, und sie habe in ihrem Antrag auf den Koalitionsvertrag verwiesen. Die Beschlussziffer 3 des Antrags wolle seine Fraktion zur Abstimmung stellen. Dieser Beschlusspunkt sei am Vortag im Maßnahmenpaket der Bundesregierung zum Umgang mit den hohen Energiekosten erneut genannt worden. Dort werde unter dem Thema "Verbrauchsdenken und Energieeffizienz steigern" ausgeführt, man wolle bei der Fernwärme bereits bis zum Jahr 2030 einen Anteil von mindestens 50 Prozent klimaneutrale Wärme erreichen. Diesen Aspekt habe er den Zielen für das Gutachten nicht entnehmen können. Daher solle dieser Punkt in den Zielekatalog und die Ausarbeitung der Firma Ramboll aufgenommen werden.

Herr Dr. Görres betont, das in der Beschlussziffer 3 des SPD-Antrags aufgeführte Ziel, bei der Fernwärme bereits bis zum Jahr 2030 einen Anteil von mindestens 50 Prozent klimaneutrale Wärme zu erreichen, sei auf Folie 3 seiner Präsentation dargestellt. Diese Tatsache sei deutlich im Gutachten hinterlegt und sei Auftrag der Stadt.

StR Dr. Jantzer betont, die Verwaltung habe sehr positiv die Möglichkeiten alternativer Dekarbonisierungsoptionen aufgezeigt. Für seine Fraktion sei der Aspekt des Wärmepotenzials eines Flusses wie dem Neckar sehr wichtig und würde völlig unterschätzt. So

könne mit Großwärmetauschern eine große Menge an zusätzlicher Energie in Wärmenetze integriert werden, was in der Studie quantifiziert werde. Dem Stadtrat ist die transparente Weiterführung der strategischen Entwicklung und des Ausbaus der Fernwärme wichtig. Bislang habe der Gemeinderat vor allem die Verfügbarkeit von Wasserstoff im Jahr 2035 infrage gestellt. Allerdings stelle dieser Punkt nach seiner Auffassung nur einen Aspekt dar, da die klimaneutrale Fernwärme allein bezogen auf eine Wasserstofftechnologie nicht zielführend sei. Zum einen sei die Frage der Bezahlbarkeit von Wärme aus Wasserstoffverbrennung wichtig. Der Stadtrat verweist in diesem Zusammenhang auf die Studie "Klimaneutralität bis 2045" des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), in der Kostenpfade für die Wasserstoffverbrennung erarbeitet worden seien. Diese Kosten seien deutlich kostspieliger als die der heutigen Gasverbrennung. Seine Fraktion bezweifle, dass mit einem derartigen Ansatz eine sozialverträgliche Wärmeerzeugung und die warmmietenneutrale Sanierung möglich sei. Vielmehr solle eine breitere Aufstellung in der Wärmeversorgung erfolgen.

Des Weiteren werde in einer Studie von Herrn Dr. Deutsch vom Unternehmen Agora Energiewende hinsichtlich der Gasverbrennung in den 2030er-Jahren die Frage gestellt, wie mit dem knapp verfügbaren Wasserstoff umgegangen werden solle. Auch dieser Aspekt solle in das Gutachten miteingebracht werden, so StR Dr. Jantzer. In der Studie der Agora Energiewende werde ausgeführt, es bestehe ein Konsens unter den Experten hinsichtlich von Wasserstoffeinsatz in Fernwärme für residuale Wärmelast. Dies bedeute, in kalten Witterungsabschnitten werde möglicherweise eine Wasserstoffverbrennung benötigt. Es stelle sich jedoch die Frage in Bezug auf die Übergangszeit während des gesamten Sommers bis in den Herbst hinein. In diesem Zeitraum sei die Stromerzeugung mit Wasserstoff nach Expertenmeinung wesentlich zu kostspielig. Daher müssten alternative Technologien - wie auch von der Landesregierung aufgeführt - angewendet werden. Aus diesem Grund sei die von Herrn Dr. Görres dargestellte Studie von derart zentraler Bedeutung. Die nötigen Investitionen müssten bereits zum jetzigen Zeitpunkt angegangen werden. Während im Bereich der Windkraft und der Photovoltaik hierüber Konsens bestehe, seien im Bereich der Wärme die Diskussionen noch nicht in diesem Maße fortgeschritten. Der Aspekt, aus der Umweltwärme und aus den Umweltquellen Wärme zu gewinnen, stelle nicht lediglich in der LHS, sondern bundesweit ein großes Problem dar. StR Dr. Jantzer äußert abschließend die Bitte, im Rahmen des Gutachtens gemeinsam mit der Region die Planung der Erschließung von Wärmequellen zu diskutieren. Bedauerlicherweise bestehe derzeit hinsichtlich des Wärmebereichs kein Landesgesetz. Beispielsweise werde aus der Planung in Berlin deutlich, dass die großen Wärmequellen am Rand der Stadt lägen und in diese hineintransportiert werden müssten. Aus einer bekannten Studie sei hervorgegangen, in verdichteten Innenräumen seien Wärmequellen problematisch, und diese müssten möglicherweise aus den Stadträndern oder dem Großraum transportiert werden.

StR Boy (90/GRÜNE) betont, nach den Vorträgen der EnBW habe sich eine allgemeine Enttäuschung gezeigt, da lediglich die Wasserstoffstrategie aufgezeigt worden sei. Diese sei - wie von StR Dr. Jantzer erwähnt - hinsichtlich der Kosten und der Verfügbarkeit für den Wärmebereich als sehr fragwürdig einzustufen. Daher sei es zu begrüßen, alle Wärmequellen von der Flusswärme bis zur Abwasserwärme zu beleuchten. In Bezug auf die angesprochene Geothermie sei keine rasche Umsetzung möglich, da bei derartigen Tiefbohrungen zahlreiche Vorlaufgutachten aufgrund der Sicherheitsrisiken nötig seien. Auf die Frage des Stadtrats, ob in dem Gutachten ebenso die zeitliche Verfügbarkeit dargestellt wird, betont Herr Dr. Görres, zum Zeitpunkt des Vorliegens des Gutachtens werde die Verwaltung einen Zeitstrahl erstellen, welche Maßnahmen bei-

spielsweise bis 2025, bis 2028 und bis 2030 ergriffen werden sollten. Nach der Sommerpause solle das Gutachten vorgestellt werden.

Es stelle sich die Frage nach der Verbrauchsentwicklung im Fernwärmebereich in den nächsten Jahren, so StR Boy. Bei diesem Thema habe die EnBW nicht die nötigen Informationen dargestellt, um auf einer Grundlage zukünftig ein angemessenes Netz aufstellen zu können. Der Stadtrat erkundigt sich, ob die Verwaltung diesbezüglich Informationen erhalte, um hinsichtlich des Gutachtens planen zu können, mit welchen Temperaturen das Netz gefahren und wieviel Wärme verbraucht werde. Ebenso sei unklar, wann das Gutachten vorliegen solle. Herr Dr. Görres betont, zu dem Aspekt der Verbrauchsentwicklung müsse die Stadt einen Input in die Untersuchung liefern, da dies weniger eine Aufgabe der EnBW sei. Im Rahmen der Wärmeleitplanung müsse die LHS die Verbrauchsentwicklung im Stadtgebiet betrachten. Möglicherweise könne für das Thema Wärmeleitplanung ein Zwischenbericht in einer der nächsten Sitzungen des AKU unterbereitet werden.

Bei der Gesamtbetrachtung des Themas Wärmewende, so StR Kotz (CDU), müssten alle möglichen Werkzeuge und Techniken zur Dekarbonisierung betrachtet werden. Daher habe sich seine Fraktion konsequent gegen die Aussage des McKinsey-Gutachtens positioniert, Wasserstoff solle keine Rolle bei der Strategie der Klimaneutralität der Stadt spielen. Die Mitglieder des SWS-Aufsichtsrats, die die Ausführungen über die Möglichkeiten der Wärmewende in einem Stadtteil eines Stuttgarter Stadtbezirks verfolgt hätten, hätten plastisch erlebt, welche Flächenressourcen benötigt würden, um diesen Stadtteil mit Oberflächensolarthermie, Geothermie sowie mit Maisanbau für die Biogaserzeugung klimaneutral zu gestalten. Er stimmt den Ausführungen von StR Dr. Jantzer zu, dass die Wärmeenergie nicht in der Innenstadt erzeugt werden kann. Allerdings könne sie ebenso wenig im Umland produziert werden, ohne große Flächen der benachbarten Kreise für die Energie der LHS zu nutzen. Er warne vor der Euphorie, mit Wärmepumpen an einem Fluss Wärme zu gewinnen. Falls alle Kommunen vom Ursprung des Neckars in Reihe geschaltet Wärmepumpen installieren würden, erreiche der Fluss - abgesehen von den ökologischen Konsequenzen - die LHS mit einer derart niedrigen Wassertemperatur, dass aus ihm relativ wenig Wärme gewonnen werden könne. Ähnlich verhalte es sich mit dem Aspekt des Abwasserwärmetauschers: Hier treffe es nicht zu, dass ein einzelnes Gebäude durch sein eigenes Abwasser erwärmt werde, sondern es würden tausende Gebäude benötigt, um wenige andere Gebäude mit Abwasserwärme zu versorgen. Eine Erkenntnis aus der SWS-Aufsichtsratssitzung sei für den Stadtrat die Tatsache gewesen, dass in Gebieten mit einem hohen punktuellen Energieverbrauch, wie beispielsweise beim Standort des Kraftwerks in Altbach, Tiefengeothermie vorstellbar sei. Große erzeugte Energiemengen könnten umgehend in ein Netz eingespeist werden. In Bereichen, in denen die Wärme dezentral verteilt werden müsse und in denen kein Fernwärmenetz vorliege, müsse auf das bestehende Gasnetz als Infrastruktur zurückgegriffen werden. Dann gewinne das Thema Wasserstoff und Methanisierung an Bedeutung. Grundsätzlich sei Wasserstoff in der Dezentralität geeigneter als an einem Kraftwerkstandort. Insgesamt begrüße seine Fraktion das Gutachten, so StR Kotz. Herr Dr. Görres ergänzt hierzu, bei der Firma Ramboll handle es sich nicht um eine wissenschaftliche Einrichtung, sondern um ein Ingenieurbüro. Während in den letzten Jahren genügend wissenschaftliche Studien erstellt worden seien, müssten nun konkrete Ansätze gefunden werden.

StR Rockenbauch (Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) betont, fossile Energien seien durchaus verlockend, da sie eine enorm hohe Energiedichte besä-

ßen und global einfach zu transportieren seien, ohne zunächst spürbare Abbaufolgen zu hinterlassen. Ebenso könne eine aufwendige Lebensweise mit einem extrem hohen Ressourcen- und Energieverbrauch eine Zeit lang mit Wärme versorgt werden. Auf Dauer funktioniere dieses Verhalten allerdings nicht, daher müssten die stets mit Kohlenstoff behafteten fossilen Energien überwunden werden. Bei der Umstellung auf alternative Energien bestehe das grundlegende Problem, dass erneuerbare Energien im Bereich der Wärme nicht in derselben Dichte zu transportieren seien. Es sei ein grundsätzliches Problem, erneuerbare Energiepotenziale zu keinem Zeitpunkt in einer zentralen Form in zentralen Kraftwerken verwerten zu können, was möglicherweise lediglich auf die Tiefengeothermie zutrefte. Im Bereich der erneuerbaren Energiepotenziale müsse stets gleichzeitig der Umbau der Wärmebereitstellungsversorgung bzw. die Frage der Effizienz betrachtet werden. Neben dem Aspekt der Wärmequellen und der Potenziale sei das Thema der Speicher und der Niedertemperatur bedeutsam, um eine Effizienz bei der Gebäudesanierung zu erreichen.

Einem Bericht der SWS habe der Stadtrat die zentrale Botschaft entnommen, den heutigen Energie- und Wärmeverbrauch nicht einfach durch Umweltenergie substituieren zu können. Dies sei auch nicht erforderlich, da das Verbrauchsniveau an anderer Stelle durch Effizienz und Suffizienz rasch und deutlich reduziert werden könne. Diese Aufgaben müssten parallel angegangen werden und seien nicht Gegenstand des Gutachtens: Die Studie betrachte vielmehr den wichtigen Bereich der Fernwärme. Neben dem Grundsatz, hierbei alle Potenziale der Umweltenergien betrachten zu müssen, sei es wichtig, die Rollenverhältnisse zur EnBW zu klären, da diese nach wie vor ein Hochtemperaturnetz betreibe. Nach seiner Auffassung halte die EnBW aufgrund des "Fuel-Switch" weiter an dieser Hochtemperatur fest, so StR Rockenbach, schlussendlich unter der zweifelhaften Verbrennung von Wasserstoff. Die Strategie der EnBW sei hinsichtlich des Ziels der Klimaneutralität mit der LHS deckungsgleich. Dies gelte allerdings nicht bei der gesamtstädtischen Aufgabe, ein effizienteres, auch für Umweltenergien für niedrigere Temperaturen fähiges Netz zu erreichen und hiermit Synergien zu erzielen. Daher sei es positiv zu bewerten, dass die Firma Ramboll hierzu grundsätzlich Alternativen betrachte, auch wenn sich das Fernwärmenetz bedauerlicherweise noch nicht im städtischen Eigentum befinde. Daher müssten ebenso von der EnBW unabhängige Strategien gesucht werden. Hierbei sei eine Arbeitsteilung wichtig: Einerseits Verdichtung, Erweiterung und Umbau des bestehenden Fernwärmenetzes sowie Prüfung, wie das Fernwärmenetz sukzessive auf Umweltenergien umgestellt werden könne. Andererseits müsse im Gutachten betrachtet werden, was mit der Wärme im Restteil geschehe: Ihm sei wichtig, so der Stadtrat, dass bei diesen nicht in Verdichtungen und unmittelbaren Erweiterungsgebieten der heutigen Fernwärmetechnologie liegenden Potenzialen, welche ebenso vom Gutachten aufgegriffen werden sollten, stets die SWS eingebunden werden sollten. Diese müssten von Anfang an institutionalisiert miteinbezogen werden. Auf das Gutachten sei lange Zeit gewartet worden. Falls das Gutachten im Herbst mit guten Ergebnissen und neuen Quellen präsentiert werde, dürfe es keinen weiteren Übersetzungsschritt in Richtung der SWS erfordern, die Ergebnisse umzusetzen. Falls die Ergebnisse des Gutachtens von den SWS nicht realisiert werden könnten, sei dies bedauerlich. Es dürfe an der Schnittstelle dieses Gutachtens zu der Frage, ob es technisch und wirtschaftlich von den SWS zu leisten ist, keine Zeit verloren gehen. Der genaue Verlauf der Zeitschiene sei möglicherweise schwer zu beziffern, da der Zeitbedarf von den verfügbaren Mitteln und Ressourcen abhängig sei. Die vorhandenen technischen Abhängigkeiten müssten in eine Zeitfolge gebracht werden.

Es sei für seine Fraktion nicht in der Art und Weise eindeutig, wie von Herrn Dr. Görres geschildert, dass die Strategie der EnBW automatisch zu den gesamtstädtischen Zielen führe, erneuerbare und bezahlbare Wärme für die Bürgerschaft bereitzustellen. Das Gutachten der Firma Ramboll werde hoffentlich entsprechende Antworten erteilen. Herr Dr. Görres betont in Bezug auf die Aspekte Hochtemperatur und Strategieausrichtung, die EnBW habe in diesen Bereichen ein Problem, da die bestehenden Verbraucher die Hochtemperatur forderten. Dieses versorgungstechnische Problem entstehe in dem Fall, wenn von einem Kraftwerk zu diesem Hochtemperaturverbraucher eine Versorgungssicherheit aufgebaut werden müsse. Es sei bekannt, dass es momentan im Bereich der Automobilindustrie zu einem Wandel komme und dies in dessen Folge zu einer Veränderung in der Form führe, dass diese hohen Temperaturen nicht mehr im Fokus stünden. Auf der anderen Seite werde die Verbrauchsreduktion u. a. bei Wohngebäuden spürbar hinsichtlich der zu transportierenden Energiemenge. An dieser Stelle werde im Gutachten oder in der Nachbetrachtung eine Prognose zur Temperaturentwicklung geprüft. In Bezug auf eine Arbeitsteilung zwischen den SWS und der EnBW müsse auf die Begrifflichkeiten geachtet werden: Der Bereich der Fernwärme werde ebenso von den SWS bearbeitet. Falls beispielsweise im Stadtbezirk Weilimdorf ein Wärmenetz erstellt werde, handle es sich hierbei um ein SWS-Fernwärmenetz. In seinen vorherigen Ausführungen über die Fernwärme habe er jedoch die klassische Fernwärmeversorgung der EnBW gemeint, so Herr Dr. Görres. Er sehe momentan in der Stadt viele Felder, in denen ein dringender Handlungsbedarf für die SWS und nicht für die EnBW bestehe. Falls das Fernwärmenetz in Weilimdorf endlich umgesetzt werde, sei dies sehr zu begrüßen. Gleichermaßen sollten die Stadtbezirke Heumaden, Sillenbuch und Vaihingen sowie weitere angegangen werden. Innerhalb des Fernwärmenetzes der EnBW müsse geprüft werden, ob Kooperationen und Verbindungen möglich seien. Die EnBW lasse aus ihrem Geschäftsbereich verlauten, sie führe keine Nachverdichtung oder Erweiterung des Netzes durch. Im Bereich des Bürgerhospitals werde eine Kombination aus lokalem Potenzial, welches die SWS erschließen sollten, und der Fernwärme zur Spitzenlastabsicherung realisiert.

Er sei erfreut, so StR Ozasek (PULS), dass das Beharren auf eine Transformationsperspektive für das Fernwärmesystem Früchte trage. Mit der Firma Ramboll sei hierbei ein guter Partner gefunden worden, um Alternativpfade und Technologiepfade zu identifizieren. Da sich das Netzsystem nicht in städtischer Hand befinde, habe die Stadt hierauf wenig Einfluss. Die Firma Ramboll eigne sich auch deshalb, da in Skandinavien und insbesondere in Dänemark bereits seit langer Zeit dieses System transformiert worden sei. In diesen Ländern sei die fossile Energie im Wärmesektor nicht mehr gesetzt, sondern die Entwicklung gehe in Richtung regenerativer Netzsysteme. Es bestehe die Problematik, dass der Erfolg mit der Bereitschaft der EnBW stehe und falle, in einen solchen Pfad einzutreten. Bedauerlicherweise forcire die EnBW einen extrem ineffizienten und hochkritischen Technologiepfad, der mit zahlreichen geopolitischen Konflikten verbunden sei. Allein die Nennung von Ländern wie beispielsweise Katar, die die LHS zukünftig mit grünem Wasserstoff versorgen sollen, deute nach Auffassung von StR Ozasek keineswegs auf eine Versorgungssicherheit und -stabilität hin. Solcherlei Energiepartnerschaften wolle der Stadtrat generell ausschließen und nicht in eine entsprechende Abhängigkeit geraten. Abgesehen davon sei der Gesamtwirkungsgrad von Wasserstoff im Wärmesektor extrem nachteilhaft und stelle daher keinen sinnvollen Energiepfad dar. Das Augenmerk müsse darauf gerichtet werden, lokal verfügbare Potenziale an erneuerbaren Energien zu erschließen, um das Fernwärmesystem klimaneutral aufzustellen. In diesem Zusammenhang sei es schwierig, dass die Stadt relativ kritiklos die Strategie der EnBW bislang unterstützt habe und ihr hinsichtlich der Fuel-

Switch-Agenda, zunächst unter Einsatz von Erdgas und daraufhin mit dem Versprechen, zu einem späteren Zeitpunkt mit synthetischem Gas oder Wasserstoff Klimaneutralität zu erzielen, beipflichte. Die Verwaltung solle erneut prüfen, ob dieses Vorgehen sinnvoll sei.

In Bezug auf Alternativpfade sei es begrüßenswert, sich mit den geothermischen Potenzialen tiefergehend zu befassen. Die Stadt München sei Vorreiter bei der Nutzung der Potenziale bei der Tiefengeothermie. Der "Staufenschock" müsse überwunden werden, und diese Technologien müssten vor dem Hintergrund des technologischen Fortschritts und des Erkenntniszuwachses in diesem Bereich forciert werden. Diese Potenziale würden nicht genutzt: Herr Dr. Görres habe in einer Sitzung ausgeführt, lediglich ein Prozent des geothermischen Potentials der Stadt bislang zu nutzen. Bei der Geothermie handle es sich um eine klimafreundliche sowie unbegrenzt vorrätige und konstant verfügbare grundsatzfähige Energiequelle. Dieser Energiepfad sei hochinteressant, obwohl er mit einem recht hohen Invest verbunden sei.

Herr Dr. Görres betont, in früheren Jahren sei das AfU aufgrund der strengen Vorgaben bei der Geothermie kritisiert worden. Diese Kritik habe nach den Vorfällen in der Stadt Staufen geendet, und die Vorgaben seien akzeptiert worden. Es sei bedauerlich, dass die Stadt Staufen in Zusammenhang mit Schäden aufgrund von Geothermie stets genannt werde. Seit den auf Landesebene übernommenen strengen Vorgaben, die teilweise auf Basis der Stuttgarter Vorgaben entwickelt worden seien, teile er die Sorgen vor einem derartigen Störfall nicht mehr so sehr, so Herr Dr. Görres. Lediglich ein Prozent der Oberflächengeothermie werde derzeit in der LHS genutzt. Falls tiefere Bohrungen erfolgen würden, würde sich ein völlig anderes Potenzial erschließen lassen, welches additiv entstehe. StR Ozasek zeigt sich verwundert, dass die Potenziale bei der Tiefengeothermie bislang nicht bemessen worden seien. Er sei der Auffassung gewesen, alle Potenziale an Umweltwärme und regenerativer Wärme seien im Stadtgebiet identifiziert worden. Auf seine Frage, ob in diesem Bereich eine Potenzialabschätzung erfolgen könne, sagt Herr Görres zu, eine entsprechende Abschätzung werde die Verwaltung durchführen.

Es stelle sich die Frage, so StR Ozasek, ob das Hochtemperatursystem beibehalten oder ob das Kernsystem der Fernwärme in Richtung Niedertemperatur weiterentwickelt werden solle. Herr Dr. Görres habe den Aspekt der Sekundärnetze angesprochen, die niedertemperaturtechnisch aufgesetzt würden. Nach Auffassung des Stadtrats solle außerdem grundsätzlich diskutiert werden, ob das Gesamthochtemperaturnetz in Richtung eines Niedertemperatursystems umgebaut werden müsse. Auf Verbraucherseite könne im Hinblick auf die energetische Gebäudesanierung und die Erschließung von Effizienzen die Energieabnahme entsprechend verringert werden. Letztendlich werde die LHS von einer klimatischen Veränderung betroffen sein, was bedeute, zukünftig Lastspitzen anfangen zu müssen. Die Grundenergieabnahme werde ohnehin rückläufig sein. Die Ausführungen von StR Dr. Jantzer hinsichtlich der Wärmeachse und der Frage von Kooperationen im regionalen Kontext begrüßt und unterstützt der Stadtrat. Die damaligen Expert\*innen von der Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg, die den Regionalverband beraten hätten, hätten die zentrale Empfehlung ausgesprochen, eine entsprechende regionale Wärmeleitplanung aufzusetzen. Allerdings habe der Regionalverband deutlich gemacht, hierzu bestehe keine gesetzliche Aufgabe, und er sei nicht zuständig. Ebenso wenig sei die Politik auf regionaler Ebene bereit gewesen, eine derartige Aufgabe eigeninitiativ anzunehmen. An die Stadträte Winter und Kotz gewandt betont StR Ozasek, man habe die interkommunale Kooperation im Blick.

Auch dieses sei ein Thema, welches mit den Kollegen\*innen aus den umliegenden großen Städten und den Kreistagen forciert werden müsse.

StR Zaiß (FW) betont, er habe angesichts der Wortbeiträge den Eindruck, es bestehe bei diesem Thema noch kein klarer Anhaltspunkt. Anfangs habe die Auffassung bestanden, die SWS könnten die gesamte Thematik alleine bewältigen. Nach seiner Erkenntnis sei dies allerdings bei Weitem nicht der Fall, sondern es müssten alle Institutionen eingebunden werden, die sich an diesem Punkt engagierten und beteiligten. Daher sei es zu begrüßen, dass die Verwaltung Gespräche mit der EnBW führe. Falls es hierbei zu keiner sinnvollen Zusammenarbeit komme, werde das Thema alleine für die Stadt und die SWS nicht zu lösen sein. In einem Wortbeitrag sei ausgesagt, es seien genügend finanzielle Mittel vorhanden, was grundsätzlich zunächst zutreffend sei. Beispielsweise seien für die Rüstung derzeit bundesweit 100 Mrd. Euro eingeplant. Allerdings sei die Annahme nicht richtig, dass derartige Gelder umgehend für die Wirtschaftlichkeit oder für den Energiebereich zur Verfügung stünden. Schließlich bestünden ebenso andere Aufgaben wie beispielsweise der Sozialbereich, für den rund 160 Mrd. Euro eingeplant seien. Diese Mittel könnten nicht einfach gekürzt werden, sondern würden in diesen Sektoren benötigt. Daher seien die Gelder für den Energiebereich nicht unendlich verfügbar, sondern es müsse darauf geachtet werden, welche Maßnahmen sinnvoll seien und welche nicht. Er habe u. a. nach der Aufsichtsratssitzung der SWS den Eindruck gewonnen, alle Beteiligten müssten an einem Strang ziehen, um die Wärmewende zu erreichen.

Herr Dr. Görres betont, die Entscheidung der EnBW, das Kraftwerk in Münster umzubauen, stelle zwar eine konkrete Maßnahme dar, sei jedoch lediglich der erste Schritt. Daher sei es falsch, mit dieser Maßnahme abzuwarten, bis die letzten Details geklärt seien. Die Stadt habe dennoch das Gutachten in Auftrag gegeben, um einen Überblick über die generelle Zukunft der Fernwärme zu erhalten. Die Stadt wolle nicht lediglich eine Umstellung auf Gas oder Wasserstoff vorantreiben, sondern betrachte den gesamten Sektor.

Hinsichtlich der von StR Dr. Jantzer angesprochenen warmmietenneutralen Sanierung betont Herr Dr. Görres, angesichts der aktuellen Gas- und Strompreisentwicklung werde diese Art der Sanierung großflächig ermöglicht. In mehreren Sitzungen des AKU sei dargestellt worden, dass aufgrund der Zuschüsse auf Bundesebene und der städtischen Seite mit den zur Verfügung stehenden 75 Mio. Euro die warmmietenneutrale Sanierung bereits auf den Randbedingungen des damaligen niedrigeren Niveaus der Strom- und Gaspreise habe erreicht werden können. Der Landesverbraucherminister Hauck habe kürzlich angesichts der aktuellen Energiepreise zu Recht darauf hingewiesen, "einen warmen Pulli anziehen zu müssen" und sich die Frage zu stellen, ob ein Raum mit 20 Grad statt mit 25 Grad beheizt werden solle. Diese Differenz von 5 Grad stelle 30 Prozent des Energieverbrauchs dar. Der Aspekt, bei der Fernwärme ebenso die Region zu betrachten, werde beispielsweise in Berlin durchgeführt. Die Stadt beschränke sich nicht darauf, innerhalb von Gemarkungsgrenzen zu denken. Im Gegensatz zu Berlin stelle die Region Stuttgart eine starke Wirtschaftsregion dar und verfüge außerhalb der Stadtgrenze über weniger freie Flächen als Berlin. Kein mögliches Thema für die LHs stelle eine stärkere Verwendung von Holz dar, da die umliegende Region ihr Holzpotenzial selber verwende. Die mehrfach angesprochene Abwasserwärme werde im Kontext mit der Fernwärme keine Rolle spielen können, so Herr Dr. Görres. Dieses Thema sehe die Verwaltung eher dezentral in kleineren Quartieren.



In Bezug auf das in einem Wortbeitrag als Transformationsmusterland bezeichnete Dänemark korrigiert Herr Dr. Görres, in diesem Land seien bereits in den 1970er-Jahren Nahwärmenetze errichtet worden, und es habe daher keine Transformation stattgefunden. Dieses habe zum damaligen Zeitpunkt die richtige Entscheidung dargestellt. Die Verwaltung solle darüber reflektieren, ob sie das Vorhaben der EnBW akzeptiere. Das Gutachten werde die Antwort auf diese Frage erteilen. StR Ozasek stimmt bezüglich des Musterlandes Dänemark der Präzisierung von Herrn Dr. Görres zu. Er habe mit dem Begriff Transformation den Übergang von der gebäudebezogenen Energie- und Wärmeversorgung hin zu den Quartierslösungen und zu intelligenten Netzen gemeint.

StR Dr. Jantzer bekräftigt den Wunsch seiner Fraktion nach einer Abstimmung über die Beschlussziffer 3 des SPD-Antrags, da im Gemeinderat bislang lediglich ein Klimaziel bis zum Jahr 2035 beschlossen worden sei und zudem Zwischenziele im Bereich der Wärmeversorgung benötigt würden. Daher sei es wichtig, diese von der Bundesregierung als zielführende Aspekte nicht lediglich im Gutachten aufzuführen, sondern ebenso im Gemeinderat zu beschließen. Das werde dazu führen, dass die Verwaltung nicht mehr kritiklos zur derzeit bestehenden Strategie der EnBW kommunizieren sollte. Es würden Optionen im Bereich der Dekarbonisierung benötigt, wie von der Landesregierung gefordert. Der Stadtrat stellt klar, dass er keine Vorbehalte gegen die Strategie bezüglich des Kraftwerks in Münster habe. Sollte die Strategie allerdings ebenso beim Kraftwerk in Altbach angewendet werden, sei dies nicht irrelevant, da diese Strategie der EnBW nicht tragfähig sei. Da diese Entscheidungen in das Netz der LHS hineinwirkten, sei es wichtig, dass der Gemeinderat deutlich klarstelle, es sollten Dekarbonisierungsstrategien im Wärmebereich in der Breite bis zum Jahr 2030 erstellt werden, und es solle eine Anlehnung an die Ziele der neuen Ampelregierung auf Bundesebene stattfinden. Mit dieser Strategie müssten bundesweit zusätzliche Gasmengen verbrannt werden. Falls die EnBW verbreite, sie benötige keine weiteren Lieferverträge, entspreche dies nicht der Realität, da sie mehrere hundert Megawatt zusätzliches Gas verbrennen müsse.

Bei diesem Tagesordnungspunkt handle es sich um keinen Beschlusspunkt, betont BM Pätzold. Der Gemeinderat habe das Zieljahr 2035 noch nicht beschlossen, sondern habe das Gutachten in Auftrag gegeben, bis 2035 Möglichkeiten vorzuschlagen, wie dies möglich sein könne. Auf Folie 3 der Präsentation sei aufgezeigt worden, dass bei dem Gutachten zur Fernwärme eine Anlehnung an den Zielpfad 2035 des Gemeinderats stattfinde. Ebenso werde das Ziel aufgenommen, bis zum Jahr 2030 die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu halbieren, sowie das Ziel der Klimaneutralität der EnBW bis zum Jahr 2035. Daher seien die Ziele bereits im Gutachten enthalten. Herr Dr. Görres habe klargestellt, eine Umsetzungsstrategie zu erstellen, bei der diese Ziele ebenso aufgenommen würden. Daher sehe er keine Notwendigkeit für einen Beschluss, so der Vorsitzende. Erst zum Zeitpunkt der Umsetzung werde der Gemeinderat beschließen, welche Maßnahmen die Verwaltung und die SWS durchführen müssten.

StR Kotz betont, das Zieljahr 2035 werde der Gemeinderat noch vor der Sommerpause beschließen. Durch die Aufnahme des Ziels in das Gutachten, bis zum Jahr 2030 die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu halbieren, sei auch dieser Aspekt erfüllt. Falls StR Dr. Jantzer derart stark die Vorgaben der Ampelregierung hervorhebe, müsse die Wasserstoffstrategie laut den Verhandlungen des Bundesministers für Wirtschaft und Klimaschutz, Herrn Habeck, wesentlich intensiver ausgebaut werden. Seine Fraktion sehe keine Notwendigkeit einer Abstimmung.

Seine Fraktion unterstütze den Wunsch der SPD-Fraktion nach einer Abstimmung über die Ziffer 3 deren Antrags, so StR Ozasek. Hierdurch solle ein Signal in der Art gesetzt werden, nicht in den fossilen und kritischen Erdgaspfad einsteigen zu wollen, welchen die EnBW über Flüssiggas von fragwürdigen Staatsregimen oder aus dem US-amerikanischen Fracking erhalte. Dieses Vorgehen unterstütze seine Fraktion politisch nicht. Bedauerlicherweise sei ein entsprechender Antrag beim Klimafahrplan nicht mehrheitsfähig gewesen.

StR Boy betont, ihm sei der aufgeworfene Dissens in Bezug auf die gewünschte Abstimmung nicht klar. Prinzipiell seien in dem Gutachten exakt die Ziele des SPD-Antrags festgeschrieben. Möglicherweise könne lediglich bekräftigt werden, die Ziele für die Jahre 2030 und 2035 festschreiben zu wollen.

Er habe unter diesem TOP keinen Beschlusspunkt vorliegen, so BM Pätzold. Zudem sei ihm nicht klar, ob ein Beschluss in der heutigen digitalen Sitzung gefasst werden könne. Es bestehe eine große Einigkeit darin, dass die Ziele in dem Gutachten enthalten seien. In der weiteren Diskussion könnten weitere Ziele auftreten, die ebenso beschlossen werden müssten. Vielmehr müsse erst zum Zeitpunkt des Vorliegens des Gutachtens ein klarer Auftrag erteilt werden, welche Punkte aus diesem Gutachten umgesetzt oder verändert werden sollten.

StR Kotz gibt zu bedenken, dass StR Dr. Jantzer aufgrund seiner relativ kurzen Teilnahme im Gemeinderat möglicherweise nicht bekannt sei, wie mit derartigen Verfahrensaspekten umgegangen werde. Dieser Vermutung widerspricht StR Rockenbauch. Es lägen nach seiner Auffassung zwei unterschiedliche Aspekte vor: Herr Dr. Görres habe ausgeführt, in dem Gutachten sei das Ziel einer 50%igen CO<sub>2</sub>-Emissionsreduzierung bis zum Jahr 2030 dargestellt, was aufgrund von Effizienz und des Fuel-Switches (Austausch von Gas statt Kohle mit einem höheren Wirkungsgrad) möglich sei. Der Antragsteller habe ausgeführt, im Jahr 2030 solle der dann bereitgestellte Wärmebedarf zu 50 Prozent aus erneuerbaren Energien gedeckt werden. Wie bei den Klimazielen üblich bestehe ein CO<sub>2</sub>-Reduzierungsziel sowie ein zusätzliches Ziel hinsichtlich des Anteils der erneuerbaren Energien für die dann im Jahr 2030 zur Verfügung stehende Wärme. Daher handle es sich um unterschiedliche Themen, und es beziehe sich nicht wie das CO<sub>2</sub>-Reduktionsziel auf den Status quo oder auf die Vorjahre. Dieser Sachverhalt stelle ein Defizit zur Strategie der EnBW dar, da diese bis zum Jahr 2030 allein aufgrund der Umstellung von Kohle auf Gas nicht ihren Anteil an erneuerbaren Energien erhöht habe. Die wäre nur der Fall, wenn die EnBW zu 50 Prozent Biogas beim Standort Münster und Gaisburg einsetzte. Dies würde jedoch erst nach dem Jahr 2030 aufgrund des fraglich zur Verfügung stehenden Wasserstoffs zutreffen. Daher stelle die Ziffer 3 des SPD-Antrags ein ergänzendes Ziel zum im Gutachten aufgeführten CO<sub>2</sub>-Reduzierungsziel dar.

BM Pätzold betont, das Gutachten solle sowohl die Potenziale im Bereich der regenerativen Wärmezeugung aufzeigen als auch die Umsetzungsstrategien. Ebenso sollten Alternativen zu dem bislang angedachten Weg auf der Grundlage der vorliegenden Erkenntnisse dargestellt werden. Es könne durchaus ein Zielbeschluss herbeigeführt werden, allerdings müsste in diesem Fall die konkrete Umsetzungsstrategie vorgestellt werden. Im Kern sei die Umsetzungsstrategie im Gutachten festgelegt bzw. sei eine Aufgabe.

In Bezug auf das von StR Kotz kritisierte Abstimmungsverfahren, betont StRin Schanbacher (SPD), es sei Usus im Gemeinderat, bei einem von einer Fraktion aufgerufenen Antrag in der Sitzung darüber abzustimmen. Hinsichtlich der Unsicherheit von BM Pätzold, ob dies in einer Videokonferenz möglich sei, stelle sich grundsätzlich die Frage, ob eine Sitzung in dieser Form abgehalten werden könne. Daher müsse eine Abstimmung in dieser Form sicherlich möglich sein. Bei dem unter der SPD-Antragsziffer aufgeführten Aspekt gehe es darum, dass von der Ampelregierung klar ausgeschriebene Ziele bestünden, welche am Vortag erneut verdeutlicht worden seien. An diese Ziele sei auch die LHS gemeinsam mit den entsprechenden Fraktionen gebunden. Ein derartiges Ziel müsse ebenso von der EnBW umgesetzt werden. StR Rockenbauch habe richtigerweise ausgeführt, die EnBW setze auf Fuel-Switch und behaupte, hierfür sei genügend Wasserstoff vorhanden. Dennoch gingen weder die Wissenschaft noch die Politik und ebenso wenig die EnBW selber davon aus, in den nächsten 15 bis 20 Jahren über genügend Wasserstoff zu verfügen. Eine Abstimmung würde deutlich machen, gemeinsam hinter den von der Bundesregierung vorgegebenen Zielen zu stehen. Das Vorgehen der EnBW entspreche nicht der Aussage von Herrn Dr. Görres, die Stadt und die EnBW verfolgten dasselbe Ziel. Dies würde voraussetzen, bis zum Jahr 2030 über Wasserstoff zu verfügen. StRin Schanbacher bekräftigt ihre Bitte, den Antrag von StR Dr. Jantzer aufzurufen.

Herr Dr. Görres betont, ihn erfreue die Entwicklung auf Bundesebene, über Flüssig-Erdgas-Terminals (LNG-Terminals) zu reflektieren. Dies stelle den Einstieg in das Thema der Wasserstoffverbrennung dar. Er sei optimistisch, in den nächsten Jahren sehr große Mengen an Wasserstoff zu erhalten. Der große Vorteil von Wasserstoff sei, dass er energieeffizienter herzustellen sei, als Methan und Erdgas. Wenn dieser Weg mit den Überschusspotenzialen von Windstrom usw. in Zusammenarbeit mit sicheren Staaten beschritten werde, werde der Wasserstoff einen gewaltigen Schub bekommen, so Herr Dr. Görres.

Hinsichtlich der Anmerkung von StR Rockenbauch betont StR Dr. Jantzer, erst mit dem Koalitionsvertrag sei die Wärmeversorgung mit einer strategischen Vorgabe in die politische Debatte eingeflossen. Dies sei eine große Leistung der drei beteiligten Partner gewesen, sich in diesem Bereich orientierend zu äußern. Nach Auffassung des Stadtrats sei es unabdingbar, sich über die Dekarbonisierung auseinanderzusetzen. Häufig werde ausgesagt, das Kraftwerk in Münster nutze aufgrund der Wärmepumpe die Abwärme. Ähnlich wie bei einem Brennwertgerät werde ein hoher Wirkungsgrad einer Verbrennung zugrunde gelegt. Nach Vorstellung der Bundesregierung sollten alternative Dekarbonisierungsoptionen angegangen werden und nicht lediglich Diskussionen hierüber geführt werden. Der Gemeinderat habe ein Ziel hierüber zu formulieren, und seine Fraktion wolle durch den Antrag die Zielsetzung gemeinsam schärfen. Die konkrete Formulierung der Zielsetzung, mindestens 50 Prozent klimaneutrale Wärmeversorgung im Jahr 2030 zu erreichen, habe er der Präsentation von Herrn Dr. Görres nicht eindeutig entnehmen können.

StR Dr. Oechsner (FDP) betont, die Maßnahmen und Ziele der Ampelregierung stellten keine politische Frage dar. Das von der EnBW vorgelegte Konzept sei älter als das der Ampelregierung. Aktuell habe die Koalition auf Bundesebene eine neue Zielsetzung aufgezeigt. Daher müsse nun der EnBW und allen anderen Beteiligten Zeit gelassen werden, diese Zielsetzung umzusetzen. An StR Dr. Jantzer gewandt ergänzt der Stadtrat, Beschlüsse andere Institutionen betreffend zu fassen, sei zwar politisch positiv zu vermarkten, beinhalte allerdings keinen Sinn. In der Anpassung des Gutachtens seien

alle wesentlichen Punkte konkret aufgenommen worden. Falls die Bundesregierung einen Beschluss fasse, werde die EnBW diesen sicher nicht ablehnen. Vielmehr müsse die EnBW alle Anstrengungen unternehmen, diesen umzusetzen. Das stets geäußerte Misstrauen gegenüber dem im Eigentum des Landes befindlichen Unternehmen EnBW sei völlig unnötig. Es sei ihm bekannt, so der Stadtrat, die SPD setze entschieden auf die Fernwärme und versuche mit allen Anstrengungen, diese bei der EnBW schlechtzureden. Es bestehe zum jetzigen Zeitpunkt keine Notwendigkeit, die Antragsziffer abzustimmen. Unabhängig davon, ob eine Abstimmung in der heutigen Sitzung formal möglich sei, werde er dagegen stimmen, obwohl seine Partei ebenso Mitglied in der Ampelregierung sei und er inhaltlich die Ziele begrüße.

Unter der betreffenden SPD-Antragsziffer sei aufgeführt, so StRin Munk (90/GRÜNE), "das beauftragte Gutachten muss sich an den neuen Rahmenbedingungen ... etc. messen." Dies bedeute, die Antragsformulierung beziehe sich nicht auf die Zielsetzung, sondern darauf, dass im Gutachten die Orientierung an diesen Zielen stattfinden solle. Dies stelle keine zwingende Voraussetzung dar, sondern lediglich eine Orientierung. Aus diesem Grund seien in der Diskussion zwei verschiedene Aspekte behandelt worden. Der SPD-Antrag sei aufgrund der Bekräftigung erledigt, das Gutachten solle die entsprechenden Punkte in jedem Fall berücksichtigen. Es treffe nicht zu, dass die Ziele des Gutachtens als gesetzt anzusehen seien, sondern möglicherweise sogar noch verbessert werden könnten.

Herr Dr. Görres betont, StR Rockenbach habe zu Recht das Thema CO<sub>2</sub>-Effizienz und Klimaneutralität aufgezeigt. Zu diesem Aspekt könne er zusagen, präzisere Aussagen zu tätigen. Das Ziel der Klimaneutralität betreffe nicht lediglich die erneuerbaren Energien, sondern dies könne ebenso mit Abwärme erreicht werden. Dieser Aspekt betreffe allerdings lediglich die Fernwärme in der LHS, da die Stadt nicht über den EnBW-Kraftwerkstandort in Altbach (Kreis Esslingen) bestimmen könne. Es bestehe zwar teilweise noch ein geringer Bezug vom Kraftwerk Altbach, der aufgrund einer Veränderung der Daimler AG langfristig möglicherweise weg falle. Im Rahmen des Gutachtens könne das Kraftwerk in Altbach nicht behandelt werden. Es müsse präzise am Ziel der Fernwärme festgehalten werden. Daher sei er angesichts der Äußerungen von StR Dr. Jantzer hinsichtlich von Zwischenzielen für die Gesamtstadt verwundert gewesen. Dieses Thema könne auf Grundlage von McKinsey-Gutachten vor der Sommerpause in einem anderen Kontext diskutiert werden müsse.

BM Pätzold betont, die Verwaltung habe dargestellt, den in dem SPD-Antrag beinhaltenen Wunsch in dieser Form in das Gutachten aufzunehmen, ohne eine Abstimmung durchführen zu müssen. Vielmehr bestehe das Ziel, bis zum Jahr 2030 die Fernwärme zu 50 Prozent klimaneutral zu erhalten, womit dem Antrag entsprochen sei. Zudem werde in einer der nächsten Sitzungen des AKU das Thema der Wärmeleitplanung behandelt, was positiv für die Fortführung dieser Diskussion zu bewerten sei.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt BM Pätzold Kenntnisnahme des Berichts durch den Ausschuss für Klima und Umwelt fest.

Zur Beurkundung

Haupt / pö

Zur Beurkundung

Haupt / pö

## Verteiler:

- I. Referat SWU  
zur Weiterbehandlung  
Amt für Umweltschutz  
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. OB/82
  3. S/OB  
*Klimaschutz*
  4. Referat WFB  
Stadtkämmerei (2)  
Liegenschaftsamt (2)  
SWS  
SWSG
  5. Referat T  
Tiefbauamt (5)
  6. Amt für Revision
  7. L/OB-K
  8. Hauptaktei
  
- III.
  1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
  2. CDU-Fraktion
  3. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION  
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
  4. *SPD-Fraktion*
  5. *FDP-Fraktion*
  6. *Fraktion FW*
  7. *AfD-Fraktion*
  8. *Fraktionsgemeinschaft PULS*

*kursiv = kein Papierversand*